



# Bürgergutachten

Abschlussbericht zum Bürgerforum  
„Krisenfeste Gesellschaft“ im Auftrag der  
Enquetekommission des Landtags von  
Baden-Württemberg

**2022/23**



---

Pandemie, Inflation und Klimawandel stellen nur einige Herausforderungen der heutigen Zeit dar, die es zu bewältigen gilt. Um die Gemeinschaft in Baden-Württemberg für die Zukunft noch resilienter aufzustellen, hat der Landtag nicht nur eine Enquetekommission, sondern auch ein paralleles Bürgerforum „Krisenfeste Gesellschaft“ ins Leben gerufen. Das Bürgerforum bestand aus 48 zufällig ausgewählten Baden-Württembergern und Baden-Württembergern, die gemeinsam Empfehlungen für die Landespolitik erarbeiteten. In 7 Sitzungen diskutierte das Gremium gemeinsam über mögliche Maßnahmen für eine krisenfeste Gesellschaft in den vier Handlungsfeldern Wirtschaft, Gesundheit, Krisenvorsorge und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Außerdem sind vier handlungsfeldübergreifende Leitsätze entstanden, die allen Empfehlungen zu Grunde liegen. Am 28.01.2023 wurde final über die Leitsätze und Empfehlungen abgestimmt, die an die Politik weitergegeben werden.

In dieser Broschüre sind die final abgestimmten Leitsätze und Empfehlungen des Bürgerforums Krisenfeste Gesellschaft an die Enquetekommission festgehalten.

---





Liebe Leserin, lieber Leser,

Sie halten mit dem Abschlussbericht des Bürgerforums „Krisenfeste Gesellschaft“ das zukunftsweisende Ergebnis eines intensiven Beteiligungsverfahrens in Händen. Das Bürgerforum wurde ebenso wie die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ durch den Landtag von Baden-Württemberg ins Leben gerufen.

Erklärtes Ziel ist es, die Krisenfestigkeit des baden-württembergischen Gemeinwesens aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln zu untersuchen und somit die Antworten auf die Fragen zu finden, welche Lehren und Erfahrungen wir aus vergangenen Krisen ziehen und wie wir unsere Gesellschaft resilienter machen können. Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ ist bewusst aus dem täglichen politischen Geschäft herausgenommen und soll sich grundsätzlich und umfassend mit den oben genannten Fragestellungen beschäftigen. Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, hat sich der Landtag entschieden, zusätzlich ein Bürgerforum einzurichten. Die Miteinbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern spielt eine zentrale Rolle, denn gute, zukunftssichere Politik ist auf breite Beteiligung, unterschiedliche Blickwinkel und vielfältige Lebenserfahrungen angewiesen.

Stellvertretend für die Bevölkerung Baden-Württembergs brachten 48 Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs ihre Erfahrungen und Expertise ein. Sie diskutierten über die Zukunft unseres Gesundheitssystems, über Arbeitsbedingungen und Ausbildungsplätze, Generationenkonflikte, Krisenkommunikation, ehrenamtliches Engagement, die Rolle der sozialen Medien in der Meinungsbildung und viele weitere Bereiche.

Insgesamt hat das Bürgerforum 35 Empfehlungen und vier Leitsätze entwickelt, die es an die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ richtet. Der Abschlussbericht des Bürgerforums soll der weiteren Arbeit der Enquetekommission zugrunde gelegt werden und den Mitgliedern des Gremiums wertvolle Hinweise darauf liefern, welche Themen die Bevölkerung unseres Bundeslandes bewegen, welche Herausforderungen bestehen und was aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger erforderlich ist, um die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit und damit die Resilienz unseres Gemeinwesens zu stärken.

Schließlich mündet dieser partizipative Prozess der Bürgerinnen und Bürger, der Sachverständigen und der Politikerinnen und Politiker in konkrete, insbesondere an die Landesregierung gerichtete Empfehlungen zur Frage, wie wir unser Bundesland zukunftsfest gestalten und noch besser für künftige Krisen wappnen.

Wir dürfen uns im Namen der gesamten Enquetekommission und des Landtags bei allen Mitgliedern des Bürgerforums aufs herzlichste bedanken. Sie als Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur geholfen, unser Land auf die Zukunft vorzubereiten, sondern auch einen Beitrag zur gelebten demokratischen Kultur unseres Bundeslandes geleistet.

Für die durchführende Begleitung des Bürgerforums danken wir dem nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung.

Nicht das erste – und sicher nicht das letzte – Mal erweist sich ein Bürgerforum des Landtags somit als erfolgreiches Beteiligungsformat. Bürgerforen bilden die Vielfalt unseres Landes hervorragend ab. Die vielseitigen Perspektiven und der rege Austausch zeigen die Stärke unseres Bundeslandes. Diese Vielfalt auch zu nutzen und den Blick aus unterschiedlichsten Perspektiven in die Zukunft zu richten, ist zugleich Bedingung und Bereicherung für eine krisenfeste Gesellschaft.



Muhterem Aras, Präsidentin des  
Landtags von Baden-Württemberg



Alexander Salomon, Vorsitzender der  
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“



# Bürgerforum „Krisenfeste Gesellschaft“

Das Bürgerforum hatte den Auftrag, die Bürgersicht auf 4 Handlungsfelder zu formulieren:



Da sich im Verlauf der insgesamt sieben Sitzungen des Bürgerforums einige übergreifende Ergebnisse herauskristallisierten, haben die Mitglieder des Bürgerforums zusätzlich zu den Empfehlungen, die sich auf die Handlungsfelder beziehen, auch vier Leitsätze entwickelt und abgestimmt, die den Empfehlungen vorangestellt werden.

# Leitsätze

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist eine Grundvoraussetzung, um Krisen bewältigen zu können. Deswegen ist es wichtig, Engagement zu fördern, Solidarität zu stärken und gesellschaftliche Ungleichheiten abzubauen.

Zustimmung: 41   Ablehnung: 0   Enthaltung: 1

In Krisen müssen Bürgerinnen und Bürger und Politikerinnen und Politiker gemeinsam aktiv Verantwortung übernehmen. Um alle mit einzubinden, müssen Möglichkeiten zum Austausch und für eine konstruktive Streitkultur geschaffen werden.

Zustimmung: 42   Ablehnung: 0   Enthaltung: 0

Die Jugend muss mit ihren Erfahrungen, Ideen und Kompetenzen in die Bewältigung von Krisen aktiv mit einbezogen werden. Mit demokratischer Bildung vom Kindergarten an soll dafür schon früh ein Grundstein gelegt werden.

Zustimmung: 29   Ablehnung: 7   Enthaltung: 6

Bürokratie steht der Krisenbewältigung häufig im Weg, deshalb sollen bürokratische Prozesse nach Möglichkeit vereinfacht werden.

Zustimmung: 35   Ablehnung: 0   Enthaltung: 7

# Empfehlungen

## Handlungsfeld Gesundheit

### G1 – Gesundheitsberufe attraktiver gestalten

Um die Krisenfestigkeit des Gesundheitswesens zu erhöhen, empfehlen wir, Gesundheitsberufe attraktiver zu gestalten, um mehr Personal zu gewinnen und vorhandenes Personal zu halten. Hierzu sollten unter anderem finanzielle Anreize gesetzt, die Work-Life-Balance verbessert und ausländischen Fachkräften der Arbeitseinstieg erleichtert werden. Das vorhandene Personal darf keinesfalls dauerhaft überlastet werden.

Zustimmung: 40    Ablehnung: 0    Enthaltung: 2

### G2 – Ausbildungen im Gesundheitsbereich fördern

Um langfristig mehr Gesundheitspersonal zu gewinnen, empfehlen wir, Ausbildungen im Gesundheitssystem zu verbessern und zu fördern. Neben einer Erhöhung der Zahl der Auszubildenden und Studierenden (Medizinstudium auch ohne Spitzen-Abitur und eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen) sollten vermehrt Weiterbildungen angeboten und Umschulungen erleichtert werden. Um höherqualifizierte Berufsgruppen zu entlasten, sollten außerdem neue Berufsbilder geschaffen und entsprechende niedrigschwellige Ausbildungen angeboten werden.

Zustimmung: 36    Ablehnung: 0    Enthaltung: 6

### G3 – Weniger Gewinnorientierung im Gesundheitswesen

Um die Gewinnorientierung im Gesundheitswesen zu verringern, empfehlen wir, dieses stärker zu regulieren. Hierzu könnte ein angemessener Teil der Gewinne aus der Pharmaindustrie, privaten Krankenversicherungen und Pflegeeinrichtungen zurück in das Gesundheitssystem fließen sowie der Anteil privater Einrichtungen gedeckelt werden.

Zustimmung: 31    Ablehnung: 1    Enthaltung: 10

## Eine Krankenversicherung für Alle – G4

Wir empfehlen der Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, alle privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen langfristig in einer einzigen Versicherung für alle Bürgerinnen und Bürger zusammenzuführen, um die Kosteneffizienz zu steigern und Synergieeffekte zu erzielen. Zudem würde so die soziale Gerechtigkeit erhöht und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden.

Zustimmung: 30 Ablehnung: 8 Enthaltung: 4

## Kostensenkung durch mehr Prävention – G5

Da Präventionskosten häufig geringer sind als Behandlungskosten, empfehlen wir, Prävention zu stärken, z.B. durch eine Ausweitung des Bonus-Systems auf alle Akteurinnen und Akteure des Gesundheitssystems und eine Behandlung des Themas bereits in der Schule.

Zustimmung: 25 Ablehnung: 2 Enthaltung: 15

## Mehr Investitionen in den Gesundheitsbereich – G6

Um das Gesundheitssystem krisenfest aufzustellen, sind deutlich größere Investitionen nötig, vor allem, um mehr Personal einzustellen. Dabei muss beachtet werden, dass durch den demographischen Wandel der Finanzierungs- und Investitionsbedarf zukünftig noch weiter steigen wird. Zudem sollten die Rahmenbedingungen für Investitionen in das Gesundheitssystem verbessert werden (z.B. steuerliche Vorteile).

Zustimmung: 30 Ablehnung: 0 Enthaltung: 12





# Empfehlungen

## Handlungsfeld Gesundheit



### G7 – Gesundheitspersonal außerhalb des Berufs entlasten

Um die Arbeit im Gesundheitssystem zu fördern, empfehlen wir, Bedingungen auch außerhalb des Gesundheitssystems zu verbessern, z.B. durch günstige Kita-Plätze für Pflegepersonal und weitere Betreuungsangebote, welche auf die Schicht- und Wochenend-Arbeitszeiten abgestimmt sind.

Zustimmung: 27    Ablehnung: 1    Enthaltung: 14

### G8 – Unterstützung für pflegende Angehörige

Um das Gesundheitssystem zu entlasten, empfehlen wir, die häusliche Pflege unbürokratischer und attraktiver zu gestalten, indem das Pflegegeld deutlich erhöht wird (mindestens wie einen Mini-Job bezahlen) und es einen automatischen Inflationsausgleich gibt. Care-Arbeit wird überwiegend von Frauen geleistet. Insofern würde durch diese Regelung ein Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit geleistet.

Zustimmung: 35    Ablehnung: 0    Enthaltung: 7

### G9 – Finanziellen Missbrauch vermeiden

Um sicherzustellen, dass vorhandene finanzielle Mittel nicht missbraucht werden – wie bei einigen Coronatest-Zentren – empfehlen wir ein funktionierendes Kontrollorgan einzuführen. Außerdem sollten alle Patientinnen und Patienten kontrollieren können, ob Leistungen korrekt abgerechnet wurden.

Zustimmung: 29    Ablehnung: 0    Enthaltung: 13



Dr. Dorothea  
KLICHE-BEHNKE,  
MDL  
Inzukunftskommission

2

# Empfehlungen

## Handlungsfeld Krisenvorsorge

### K1 – Etablierung einer angemessenen Risikokultur

Um die gesamtgesellschaftliche Resilienz zu stärken, müssen wir eine angemessene Risikokultur etablieren. Wir empfehlen deshalb, die Strukturen des gesamten Bildungssystems zu nutzen, um das Risikobewusstsein der Bürgerinnen und Bürger von früh auf zu stärken. Dazu gehören die Aufklärung über existierende und mögliche Risiken und Krisen, Hinweise für den Umgang mit diesen sowie Maßnahmen zur Reduktion evtl. bestehender Ängste. Auch dem öffentlichen Rundfunk sollte bei der entsprechenden Bildungsarbeit eine wichtige Rolle zukommen.

Zustimmung: 34    Ablehnung: 4    Enthaltung: 4

### K2 – Angemessene Informationen zu und Ausbau von Warnsystemen

Es muss sichergestellt werden, dass bestehende Warnsysteme und deren Bedeutung der breiten Bevölkerung bekannt sind. Die Zuständigkeiten unterschiedlicher Akteure auf verschiedenen Ebenen (Kommunal-, Landes- und Bundesebene) sollten dabei klar festgelegt und bekannt sein. Das Land Baden-Württemberg sollte entsprechende mehrsprachige Informationsmaterialien produzieren, welche Bürgerinnen und Bürger bei der Anmeldung in den Bürgerbüros automatisch erhalten. Funknetzunabhängige Warnsysteme, wie z. B. Sirenen, sollten zudem weiter ausgebaut werden.

Zustimmung: 37    Ablehnung: 3    Enthaltung: 2

### K3 – Den Krisen- und Katastrophenfall üben und Schutzeinrichtungen erhalten

Das Land Baden-Württemberg sollte die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass kommunale Behörden, öffentliche Institutionen (Schulen usw.) und Arbeitgeber die Bevölkerung durch regelmäßige praktische Übungen auf den Krisen- und Katastrophenfall vorbereiten. Bürgerinnen und Bürger sollten dadurch klare, an die jeweiligen lokalen Bedingungen angepasste Handlungsabläufe erlernen. Zudem sollten vorhandene Schutzeinrichtungen erhalten bleiben.

Zustimmung: 37    Ablehnung: 2    Enthaltung: 3



## Krisenpläne regelmäßig prüfen – K4

Vergangene Krisen haben gezeigt, dass das vorhandene Krisenmanagement nicht immer optimal funktioniert. Krisenpläne müssen daher in regelmäßigen Abständen auf ihre Aktualität, Robustheit und Umsetzbarkeit überprüft werden und ggf. angepasst werden. Besonders hilfsbedürftige Gruppen müssen berücksichtigt werden.

Zustimmung: 40 Ablehnung: 0 Enthaltung: 2

## Krisenvorsorge durch Alternativen zum wachstumsbasierten Wirtschaften – K5

Viele der Krisen, die uns beschäftigen, sind menschengemacht und gehen u.a. auf einen unverhältnismäßigen Ressourcenverbrauch zurück. Dazu liegen uns seit langer Zeit zahlreiche Erkenntnisse vor – jedoch gelang es uns bisher nicht, ausreichende intelligente Alternativen zu unserem wachstumsbasierten Wirtschaften zu schaffen und umzusetzen. Unsere Gesellschaft muss sich so weiterentwickeln, dass wir alle nachhaltig handeln und leben können. Dies kann auch bedeuten, aus gesellschaftlicher Solidarität auf Dinge zu verzichten. Um aktiv auf die Verhinderung von Krisen einzuwirken, muss das Land Baden-Württemberg die Schaffung von Wissen zur Nachhaltigkeit auf verschiedenen Ebenen fördern und darauf aufbauend Investitionen tätigen. Außerdem muss das Land Anstrengungen unternehmen, Lobbyismus, der hohen Ressourcenverbrauch zur Folge hat, einzudämmen.

Zustimmung: 25 Ablehnung: 9 Enthaltung: 8







# Empfehlungen

## Handlungsfeld Krisenvorsorge



### In Raumplanung und Städtebau Umweltbedingungen stärker berücksichtigen – K6

Neue Bauprojekte und der Wiederaufbau nach Katastrophen müssen existierende und sich verändernde Bedingungen (z.B. Umwelt, Finanzierbarkeit, Baurecht) sowie damit im Zusammenhang stehende Risiken stärker berücksichtigen. Präventiv muss auf eine nachhaltigere Bebauung geachtet werden, z.B. keine Versiegelung von Flächen, Freiflächen und eine sinnvolle Planung von Infrastruktur.

Zustimmung: 32 Ablehnung: 1 Enthaltung: 9

### Durch ein starkes Gemeinwesen die Krisenresilienz erhöhen – K7

Um die Krisenresilienz zu erhöhen, sollten der Gemeinschaftssinn und das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern stärker in der Gesellschaft verankert werden. Neben „klassischem“ Engagement (z.B. bei THW, Feuerwehr oder DRK) sollten auch Formen spontaner, selbstorganisierter Hilfe in akuten Krisen und Katastrophen gefördert werden. Das kann z.B. durch einen möglichst unbürokratischen Ausgleich entstehender Kosten sowie bessere Rahmenbedingungen für die Freistellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschehen. Bestehende Koordinationsstellen für Engagement sollten zudem ihre Kapazitäten und Netzwerke ausbauen, damit sie auch in akuten Krisen und Katastrophenfällen als Anlaufstellen dienen sowie Hilfsbedarfe und -kapazitäten effektiv koordinieren können. Wenn in Gemeinden noch keine solchen Stellen existieren, sollten sie eingerichtet werden.

Zustimmung: 36 Ablehnung: 1 Enthaltung: 5

### Anpassung und Angleichung der Vergütung von Freiwilligendiensten – K8

Eine krisenresiliente Gesellschaft braucht einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch Freiwilligendienste können hier eine wichtige Rolle spielen. Um das Engagement im Rahmen von Freiwilligendiensten stärker zu fördern, sollte das Land Baden-Württemberg sich auf Bundesebene für eine höhere Vergütung einsetzen. Zugleich sollte das Land auch den Vorschlag einbringen, die finanziellen Unterschiede zwischen der Vergütung von Freiwilligendiensten bei zivilgesellschaftlichen Organisationen bzw. öffentlichen Trägern und dem Einsatz bei der Bundeswehr zu verringern.

Zustimmung: 26 Ablehnung: 2 Enthaltung: 14



# Empfehlungen

## Handlungsfeld Wirtschaft



### W1 – Hilfsfonds für Härtefälle

Preissteigerungen und Inflation treffen vor allem Haushalte mit einem geringen Einkommen. Um ihnen in akuten Krisensituationen schnell und unbürokratisch helfen zu können, empfehlen wir, einen Hilfsfonds für besondere Härtefälle einzurichten. Die einmaligen Auszahlungen sollen nicht rückzahlungspflichtig sein. Es muss aber eine nachträgliche Kontrolle der Entscheidungen geben, um Missbrauch zu begegnen.

Zustimmung: 25    Ablehnung: 9    Enthaltung: 8

### W2 – Kinder vor Armut schützen

Kinderreiche Familien und Einelternfamilien sind in besonderer Weise von Armut bedroht. Sie brauchen besonderen Schutz und, sofern sie nur über ein niedriges Einkommen verfügen, auch zusätzliche finanzielle Unterstützung.

Zustimmung: 35    Ablehnung: 1    Enthaltung: 6

### W3 – Ausbau regenerativer Energieerzeugung beschleunigen

Bürokratische Prozesse bezüglich des Ausbaus regenerativer Energien behindern die Krisenbewältigung, weil sie zu umständlich und langwierig sind. Wir empfehlen vereinfachte Beantragungen und kürzere Bearbeitungsfristen. Das gilt sowohl für Privatpersonen als auch Firmen.

Zustimmung: 41    Ablehnung: 0    Enthaltung: 1

#### Hilfe da, wo sie gebraucht wird – W4

Bei allen Maßnahmen, mit denen die Politik die wirtschaftlichen Folgen von Krisen abfedern will, empfehlen wir: weg von der "Gießkanne". Unterstützung brauchen vor allem Personen mit einem niedrigen Gehalt oder auch Menschen, die unbezahlte Pflege und Kindererziehung leisten.

Zustimmung: 37 Ablehnung: 1 Enthaltung: 4

#### Bildung kosten- und hürdenfrei – W5

Wir empfehlen, Ausbildungsgebühren an Fachschulen abzuschaffen. Um die finanzielle Unabhängigkeit junger Menschen gerade in Krisen zu sichern, müssen vor allem das BAföG und die Ausbildungsbeihilfe schneller ausgezahlt werden.

Zustimmung: 36 Ablehnung: 2 Enthaltung: 4

#### Mehr Geld für Bildung – W6

Eine starke, krisenfeste Wirtschaft baut auf der Bildung der Kinder auf. Deswegen empfehlen wir, stärker in Bildung zu investieren: in Kitas und Schulen, Ausstattung und Personal sowie Ausbildung von Lehrkräften.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1

#### Digitalisierung von Schulen und Hochschulen stärken – W7

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die digitale Ausstattung von Ausbildungsstätten dringend verbessert werden muss. Auch die Fortbildung der Lehrkräfte für digitale Lehre soll gefördert werden. Digitaler Unterricht sollte die Präsenzlehre jedoch auch in Krisenzeiten nicht vollständig ersetzen.

Zustimmung: 41 Ablehnung: 0 Enthaltung: 1

# Empfehlungen

## Handlungsfeld Wirtschaft

### W8 – Fachkräftemangel / Handwerk

Um dem Fachkräftemangel vor allem im Handwerk zu begegnen, empfehlen wir, das Handwerk aufzuwerten, indem z.B. angestellte Handwerkerinnen und Handwerker besser entlohnt werden und diejenigen, die körperlich schwer arbeiten, einen Bonus bei der Rente bekommen. Außerdem sollten Ausbildungs- und Handwerksberufe bereits in der Schule bekannt gemacht und Bildungscoaches eingesetzt werden, die diese Berufe und Karriereoptionen als Alternative zum Studium im Blick haben.

Zustimmung: 35    Ablehnung: 2    Enthaltung: 5

### W9 – Zugang von Migrantinnen und Migranten zum Arbeitsmarkt erleichtern

Migrantinnen und Migranten mit im Heimatland gewonnen beruflichen Qualifikationen soll der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Asylsuchende sollen arbeiten können. Außerdem sollte die Abschiebung von gut integrierten Ausländerinnen und Ausländern gestoppt werden.

Zustimmung: 37    Ablehnung: 1    Enthaltung: 4

### W10 – Weniger Übergewinne in Krisen

Damit einzelne Unternehmen sich nicht in Krisen unangemessen bereichern können, sollen vorsorglich Mechanismen entwickelt werden, mit denen sogenannte Übergewinne in Krisenzeiten begrenzt werden können. Dafür soll sich das Bundesland Baden-Württemberg auf Bundesebene einsetzen.

Zustimmung: 34    Ablehnung: 0    Enthaltung: 8





Der folgende Empfehlungsentwurf wurde vom Bürgerforum hingegen nicht angenommen:

### **Benachteiligungen auf dem Bildungsweg besser ausgleichen**

Sozial Benachteiligte müssen auf ihrem Bildungsweg größere Hürden überwinden als andere. Um das auszugleichen, sollten diese Schülerinnen und Schüler besonders gefördert werden. Der Wechsel auf weiterführende Schulen sollte grundsätzlich später erfolgen.

Zustimmung: 13    Ablehnung: 16    Enthaltung: 13

# Empfehlungen

## Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt

### GZ1 – Klare und deutliche Kommunikation

Die Politik muss gerade in Krisen klar und deutlich für alle und in einfacher Sprache kommunizieren. Entscheidungsprozesse müssen transparent erläutert und für verschiedene Personengruppen aufbereitet werden. Auftritte von Politikerinnen und Politikern sollen sachlich informativ sein und keinen Sensationsjournalismus bedienen.

Zustimmung: 41    Ablehnung: 0    Enthaltung: 1

### GZ2 – Kommunikation verbessern: Zwischen Bund und Ländern, Politik und Bevölkerung

Die Kommunikation und Koordination zwischen Bund und Ländern in Krisen muss verbessert werden. Das Land Baden-Württemberg sollte hierzu entsprechende Vorschläge entwickeln. Die Notwendigkeit von Maßnahmen muss den Bürgerinnen und Bürgern klar und nachvollziehbar erklärt werden, damit eine gemeinsame Durchführung möglich ist. Dabei müssen Entscheidungen faktenbasiert und nicht auf Grund von Einzelinteressen getroffen werden.

Zustimmung: 41    Ablehnung: 0    Enthaltung: 1



### **Ehrliche Fehlerkultur etablieren – GZ3**

Wir empfehlen, eine ehrliche Fehlerkultur zu etablieren. Politikerinnen und Politiker sollten Fehler klar benennen, eingestehen, adäquate Konsequenzen ziehen und beispielhaft mit Mut zur Korrektur handeln. Politikerinnen und Politiker müssen sich ihrer moralischen Verantwortung bewusst sein.

Zustimmung: 41    Ablehnung: 0    Enthaltung: 1

### **Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Bürgernetzwerke und andere Institutionen einbinden – GZ4**

Bei der Verbreitung von wichtigen Informationen in Krisen sollen lokale Bürgernetzwerke und Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren, z.B. aus Schulen, Arztpraxen, Vereinen und anderen Institutionen, besser eingebunden werden. Diese können auch ortsspezifische Nachrichten weitergeben. Dazu müssen diese gut informiert werden.

Zustimmung: 37    Ablehnung: 1    Enthaltung: 4

### **Demokratische Kompetenzen stärken – GZ5**

Das Verständnis für die grundlegende Funktionsweise unserer Demokratie muss gestärkt werden. Schon ab dem Kleinkindalter, spätestens gezielt in der Schule, müssen Diskussions- und Konfliktfähigkeit als Kernkompetenzen unterrichtet werden. Auch für Erwachsene müssen Methoden entwickelt und Wege gefunden werden, demokratische Kompetenzen weiter auszubilden. Dabei ist es wichtig, in einer facettenreichen Gesellschaft von Unterschieden zu lernen, bestehende Ängste abzubauen und sich auf Verbindendes, anstatt Spaltendes zu konzentrieren

Zustimmung: 35    Ablehnung: 1    Enthaltung: 6

# Empfehlungen

## Handlungsfeld Gesellschaftlicher Zusammenhalt



### GZ6 – Zusammenhalt zwischen Generationen fördern

Wir sehen ein hohes Konfliktpotential zwischen den Generationen. Wir empfehlen dem Landtag von Baden-Württemberg, verschiedene Generationen im Blick zu behalten und den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu stärken. Jungen Menschen muss mehr Gehör verschafft werden. Begegnungen zwischen den Generationen sollen gefördert werden, z.B. im Rahmen von ehrenamtlichem Engagement.

Zustimmung: 31    Ablehnung: 5    Enthaltung: 6

### GZ7 – Aufklärung und Bekämpfung von Fehlinformationen

Gerade in Krisen können Fehlinformationen zu Spaltung führen. Faktenchecks müssen stärker etabliert werden, um Fehlinformationen zügig aufzudecken und direkt richtigzustellen. Weiterhin müssen für eine informierte Gesellschaft schon in Schulen Medienkompetenzen mit Inhalten wie z.B. Quellenprüfung durch Fachpersonal ausgebildet werden.

Zustimmung: 37    Ablehnung: 0    Enthaltung: 5

### GZ8 – Kontrolle von sozialen Medien

Auf Bundesebene muss sich der Landtag von Baden-Württemberg für eine stärkere Abwehr gegen manipulative Propaganda in sozialen Medien sowie mehr Quellenprüfung einsetzen. Dabei müssen insbesondere auch die Plattformen selbst in die Pflicht genommen werden.

Zustimmung: 36    Ablehnung: 0    Enthaltung: 6



# GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

sozial-emotionales Lernen fördern

Eltern- und Schüler-Partizipation  
Mitarbeiter-Partizipation  
mit Dienstleistung

Ausgangspunkt

Bildung

Freiwillige in Krisensituationen  
in Europa, ist im Gesetz verankert

Umgang mit Flüchtlingen  
→ Akuten (Mehrfach-Verletzungen, etc.)  
→ chronisch Integrierten

Studierenden-vertreter / (z.B. Skolio)

Seit von nicht vergessen, die in der Pandemie vereinsamt sind

Jugendinitiativen

Vernetzung unterschiedlicher Gesellschaftsschichten

Generationen vernetzen

(Frühkindliche) Bildung  
Herbildung für diese Arbeitsgruppe

Schüler- und Eltern-Partizipation  
→ Partizipation  
→ Partizipation

Digitalisierung

Mehr für ...

Partizipation unterhalb Leitung / Vertiefung, etc.

Zugänglichkeit  
Niederschwelligkeit

Inklusion

Referent:in zum Thema  
Jugendarbeit im Bereich Kultur (Tanz, Theater usw.)

# Danksagung

## Die Teilnehmenden

Größter Dank gilt den teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern, die gut 27 Stunden ihrer Zeit den Sitzungen des Bürgerforums „Krisenfeste Gesellschaft“ widmeten und weitere Zeit mit der Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen verbrachten. Mit großem Engagement, mit Ausdauer und Diskussionsfreude informierten sie sich, setzten sich mit komplexen Fragestellungen auseinander, diskutierten – und füllten das Bürgerforum mit Leben.

Ramón Almendral-Schaufler

Naadiatu-Bagigah Bawah

Annette Brendl

Etienne Brombacher

Diana Causaras

Robert Cellary

Hella Deluse

Rozerin Demirtas

Patrick Deubel

Elke Dreßler

Johanna Fehrenbach

Sophia Frohmuth

Frank Grözinger

Janine Jäger

Barbara Jehle

Dr. Florian Kech

Dr. Almuth Kuchenbäcker-Schott

Daniela Lamparter

Marion Lawall

Wendong Liang

Detlef Meier

Armin Meier

Agnieszka Mlodawska

Werner Möllmanns

Sven Musiol

Silke Neumann

Daniel Niebel

Ursula Rieger-Patzer

Susanne Riffel

Jannik Rippert

Julia Scherrer

Annette Schmidt

Nina Schulz

Richard Serve

Jean Michel Sidaine

Claudia Stange

Volkan Tiras

Sabine Vollmer

Magnus Weber

Peter Weier

8 weitere Teilnehmende, die nicht namentlich genannt werden wollten.

## Die Expertinnen und Experten

Wir möchten uns auch bei den 23 Expertinnen und Experten bedanken, die in das Projekt eingebunden waren. Sie haben mit ihrem Wissen die Sitzungen bereichert und eine zielgerichtete Diskussion ermöglicht.

Selin Akin, Jugendgemeinderat Ludwigsburg

Matthias Bauer, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg

Frank Baumeister, kubus e.V. Stuttgart

Bernd Calaminus, EnBW

Melanie Dense, Vector Stiftung

Jaana Espenlaub, Arbeiterkind gGmbH

Dr. Gerhard Kussel, acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Dr. John Litau, Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

Manne Lucha, Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg

Sara T. Merkes, FU Berlin

Brigitte Rösiger, Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV e.V.)

Prof. Dr. Heinz Rothgang, Universität Bremen

Martina Rudolph-Zeller, Deutsche TelefonSeelsorge

Prof. em. Dr. Uwe Schimank, Universität Bremen

Prof. Dr. Andreas Schmid, Universität Bayreuth

PD Dr. Jan-Hinrik Schmidt, Leibniz-Institut für Medienforschung

Dr. Jendrik Scholz, DGB Baden-Württemberg

Melanie Schwarz, Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV)

Vincent Steinl, Robert Bosch Stiftung

Dr. Kai Unzicker, Bertelsmann Stiftung

Prof. Dr. Juergen Weichselgartner, HWR Berlin

Oliver Christopher Will, Strategiemanufaktur Karlsruhe

Theresa Zimmermann, FU Berlin

## Abgeordnete

Zunächst bedanken wir uns bei

Frau Muhterem Aras, Präsidentin des Landtags Baden-Württemberg  
für ihre wertschätzenden Worte zum Auftakt des Bürgerforums.

Großer Dank gilt auch den Mitgliedern der Enquetekommission, die zu Besuch im  
Bürgerforum waren.

Alexander Salomon, MdL (Kommissionsvorsitzender, GRÜNE)

Dr. Susanne Aschhoff, MdL (GRÜNE)

Dr. Marco Krüger, externes Kommissionsmitglied (GRÜNE)

Dr. Natalie Pfau-Weller, MdL (CDU)

Dr. Dorothee Kliche-Behnke, MdL (SPD)

Florian Wahl, MdL (SPD)

Jochen Haußmann, MdL (FDP/DVP)

Daniel Karrais, MdL (FDP/DVP)





Am Prozess des Bürgerforums „Krisenfeste Gesellschaft“ waren beteiligt:

Christine von Blanckenburg, Gordian Haas, Claudia Bosch, Wiebke Blum, Timon Rüdissler, Sara Diekmannshenke, Amy Winkler, Felix Schürhoff und Owen Wooden

## Impressum

### Herausgeber und Druck

Landtag von Baden-Württemberg  
Haus des Landtags  
Konrad-Adenauer-Straße 3, 70173 Stuttgart

### Text

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH  
Christine von Blanckenburg, Gordian Haas, Claudia Bosch, Wiebke Blum, Timon Rüdissler, Sara Diekmannshenke, Amy Winkler und Felix Schürhoff

### Gestaltung

Timon Rüdissler & Amy Winkler

### Fotos

Landtag Baden-Württemberg

### Vektor-Grafiken

[www.freepik.com](http://www.freepik.com) – designed by pch.vektor / freepik.

Berlin, April 2023

nexus

LANDTAG VON  
BADEN-WÜRTTEMBERG

